



# Expansive Geldpolitik

„Nur knappes Geld ist gutes Geld“

Von Martin Mack, Geschäftsführer, Mack & Weise GmbH

Der offene Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007 hat die Notenbanker und Politiker – traumatisiert durch die Entwicklungen der 1930er Jahre – dazu verführt, dieser Krise durch erhebliche Staatseingriffe in die Marktwirtschaft sowie eine massive Geldmengenausweitung entgegenzutreten. Doch damit kämpfen sie aber nur, wie es die US-Ökonomin Anna Jacobson Schwartz formulierte, den Krieg von gestern!

Die Erkenntnis, dass der freie Markt unternehmerische Fehlentwicklungen am effizientesten sanktioniert, geriet mit dem Argument, einen weltweiten wirtschaftlichen Kollaps verhindern zu müssen, vollends ins Abseits. Neben Garantien und Bürgschaften wurden durch den Einsatz neu geschaffener Billionenbeträge marode „Schlüsselindustrien“ und gescheiterte „systemrelevante“ Banken teilweise oder komplett verstaatlicht und so, den Wettbewerb außer Kraft setzend, folgenreich wiederbelebt. Dem noch nicht genug, beglückte man auch die Bürger in Manier römischer Brot-und-Spiele-Politik mit staatlich orchestrierten Abwrack-/Absatzfinanzierungen. „The show must go on“, und so verteilen weltweit Regierungen freizügig Geld, das sie nicht haben, nur um die kreditfinanzierte Wachstumsillusion entgegen aller wirtschaftlichen Vernunft weiterhin aufrecht zu erhalten.

Seit der Entfesselung von der goldenen Kreditobergrenze des Bretton-Woods-Systems 1971 herrscht die keynesianische Konjunktursteuerungsidee, Wohlstand per Notenpresse herbeidrücken zu können. Den zwangsläufig inflationären Auswirkungen dieser Politik stellte sich Anfang der 1980er Jahre jedoch letztmalig nur der US-Währungshüter Paul Volcker mit zweistelligen Zinssätzen auf Kosten einer schmerzhaften, aber bereinigenden Rezession in den USA entgegen. Trotz des Wissens, dass nur knappes Geld gutes Geld ist, erhöhten seitdem die ihm nachfolgenden Amtskollegen allein im OECD-Raum die Geldmenge unter Ausweisung niedriger, hedonisch angepasster Inflationsraten um mehr als den Faktor 16, obwohl die Wirtschaft nicht annähernde Wachstumsgrößen vorweisen konnte.

Wirkte anfänglich ein großzügiges Geldangebot noch konjunkturell stimulierend, so verlor dieses als Über-

dosis verabreicht zunehmend seine realwirtschaftliche Wirkung, wie es das Beispiel Japan anschaulich verdeutlicht. Die im System befindliche Überschussliquidität lockte jedoch jene Geister an, die diese vorrangig für ihre Spekulationszwecke missbrauchten. Ohne sich dieser offensichtlichen Fehlallokation und der daraus resultierenden Krisen anzunehmen, verhinderten die Notenbanken durch Anwerfen der Notenpresse und ergänzender Niedrigzinspolitik bislang die erforderlichen Bereinigungsprozesse jeder einzelnen Krise.

Obwohl die Notenbanken die globalen Zinsen inzwischen auf nahe null herunterschleusten, stellen die Zinsaufwendungen nach den Soziallasten in vielen Staatshaushalten schon heute die zweitgrößte Ausgabenposition dar. Auch ohne Berücksichtigung der Verschleierungsmanöver der Politik ist es nur eine Frage der Zeit, bis ein Vertrauensverlust, wie ihn gerade Griechenland erfährt, auch Portugal, Spanien, Großbritannien, Japan oder die USA mit entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Folgen treffen wird.

Der Lösungsansatz zur Überwindung der Krise kann also nicht im Drucken von Geld bestehen, da letztlich durch die zwangsläufige inflationäre Vernichtung der Währung auch die Grundlagen der Gesellschaft zerstört werden. Den einzigen Ausweg formulierte jüngst der US-Journalist Peter Schiff: „Wir haben uns an den Rand des Bankrotts geliehen und konsumiert, jetzt müssen wir uns zum Wohlstand zurücksparen und zurückproduzieren.“ Und: „Der einzige Weg zur Wiederherstellung einer lebensfähigen Gesellschaft besteht darin, die Illusions- und Betrugswirtschaft kollabieren zu lassen.“



Martin Mack